

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1930

31.10.1930 (No. 254)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsriedel-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Amend,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,45 RM. einjäh. 38,40 RM. — Einzelnummer 10 Rpf.; Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr: 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe zum Verleger frei. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedel-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vortreibung und Konkursverfahren fällt der falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unerlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgeschickt und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Prälat Dr. Schofer †

Von August Albert

WAB. Freiburg i. Br., 31. Okt. Wie die „Freiburger Tagespost“ meldet, ist in der Nacht zum Freitag, 1/2 12 Uhr, der Führer der badischen Zentrumsparlei, Prälat Dr. Schofer, an einem Herzschlag gestorben.

Ein unerfährlich schwerer Verlust hat nicht nur die Badische Zentrumsparlei, sondern das ganze badische Land betroffen. Prälat Dr. Schofer ist nicht mehr! Wohl war seine Gesundheit schon seit langer Zeit geschwächt, so daß er sich in seiner politischen Arbeit auf das Äußerste beschränken mußte und zeitweise zu völliger Ruhe gezwungen war und größter Schonung bedurfte. Trotzdem kommt die Nachricht von dem Ableben dieses bedeutenden Mannes plötzlich und unerwartet, um so mehr, als er noch vor wenigen Tagen wichtige Beratungen mit seinen Parteifreunden gepflogen und eifrig an den Vorbereitungen für die Gemeindevahlen mitgearbeitet hatte.

Ein Leben überreich an Arbeit, aber auch reich an Erfolgen hat seinen Abschluß gefunden. Wenn man die Persönlichkeit des heimgegangenen Prälaten Dr. Schofer mit einem Satz kennzeichnen will, so ist es der: „Patriae inserviendo consumor“, im Dienste von Volk und Vaterland opfere ich mich. Freunde und Gegner stehen trauernd an der Bahre eines Patrioten, der sein Leben lang sich mit seiner ganzen Persönlichkeit nicht nur für die Ideale seiner Partei, sondern stets für das Volksganze eingesetzt, und es als sein Höchstes betrachtet hat, nicht nur seinem, von ihm heiß geliebten badischen Heimatlande, sondern darüber hinaus, dem großen deutschen Vaterlande seine unermüdete Arbeitskraft und seine reichen Geistesgaben zur Verfügung zu stellen.

Prälat Dr. Schofer war geboren am 31. Januar 1866 in Bühlertal, studierte nach Beendigung des Gymnasiums Theologie und wurde bald nach Abschluß dieses Studiums Studentenführer in Freiburg. Schon frühzeitig wurde der damalige Führer des Zentrums, der unbegreifliche Geistl. Rat Dr. Wader, auf den jungen Theologen, der eine glänzende politische Begabung zeigte, aufmerksam und betraute ihn mit wichtigen politischen Arbeiten. Im Jahre 1905 zog Prälat Dr. Schofer als Vertreter des Landtagswahlkreises Zaubersbühlertal in den Landtag ein, wo er alsbald durch seinen Fleiß, seine gründliche Bearbeitung aller politischen Fragen und seine rednerische Begabung sich in allen Kreisen großes Ansehen erwarb. In den schweren politischen Kämpfen der damaligen Zeit stand Dr. Schofer immer in vorderster Reihe und seine, bei aller scharfen Vertretung der sachlichen Kampfglieder verbindliche und mit gesundem Humor gepaarte Haltung errang ihm die Aufmerksamkeit und die Achtung des gesamten Landtags. Wie sehr Dr. Schofer sich auch für den Standpunkt seiner Partei und für die Interessen des katholischen Volksteils einsetzte, stets blieb er in seinen Ausführungen streng sachlich und brachte auch seinen politischen Gegnern Hochachtung entgegen. Diese Momente waren es nicht zuletzt, welche ihm im badischen Parlament eine überragende Stellung verschafften.

Als im Jahre 1914 der Weltkrieg ausbrach, war Prälat Dr. Schofer einer der ersten, der zu den Fahnen eilte und sich als Feldgeistlicher in den Dienst des Vaterlandes stellte. Bis zum Zusammenbruch weilt er im Felde, stets in vorderster Linie, da wo es galt, Trost und Hilfe zu spenden. Aber nicht nur draußen an der Front entfaltet er seine segensreiche Tätigkeit, auch den Heimeingeblichen, namentlich Frauen und Witwen, hat er in zahllosen Fällen Hilfe und Trost gesendet, und viele von ihnen werden, wenn sie die Todesnachricht erfahren, in dankbarer Trauer dieses edlen Menschenfreundes gedenken.

Unmittelbar nach seiner Heimkehr aus dem Felde nahm Dr. Schofer die politische Arbeit wieder auf, und seiner Führerpersönlichkeit ist es in erster Linie zu verdanken, daß das Land Baden vor schweren innerpolitischen Erschütterungen bewahrt blieb und alsbald verfassungsmäßige Zustände hergestellt wurden. Seit 1919 stand Prälat Dr. Schofer an der Spitze der badischen Zentrumsfraktion. Die Zeiten hatten sich grundlegend gewandelt, die politischen Aufgaben waren größer und schwieriger geworden, als in der Vorkriegszeit. Mit scharfem Blick hatte Dr. Schofer erkannt, daß angesichts der äußeren, durch den Verlust des Krieges verursachten Nöte des Volkes eine stetige innerpolitische Entwicklung unbedingt notwendig sei, und darum war er der stärkste Verfechter der Weimarer Koalition, die tatsächlich in den zehn Jahren seit Schaffung der badischen Verfassung das Land vor schwereren innerpolitischen Kämpfen bewahrt hat. Mit vorbildlichem Fleiß und ungetrübter Tatkraft hat Prälat Dr. Schofer an der Lösung der vielen politischen und sozialen Aufgaben mitgearbeitet, welche die neue Zeit brachte, und wie in der Vergangenheit, so offenbarte sich auch in der neuen Zeit die Grundtendenz seines Denkens und Handelns: Dienst am Volk und Vaterland.

Schon vor Jahren traten bei Dr. Schofer Krankheitserscheinungen am Herzen auf, die ihn zeitweilig zur Ruhe zwangen. Aber immer wieder setzte sein starker Wille über die körperlichen Schwächen, immer wieder eilte er von Ort zu Ort, um in zahllosen Volksversammlungen in seiner volkstümlichen und humorvollen, aber auch von tiefem, sittlichem Ernst getragenen Art, politische Fragen zu erörtern. Daneben war er unermüdet schriftstellerisch tätig; es verging kaum ein Tag, wo er nicht politische Aufsätze für die Tagespresse schrieb, die über all die stärkste Beachtung fanden. Überaus groß ist die Zahl der Broschüren und kleineren Flugchriften aus der Feder Dr. Schofers, der sich damit nicht nur als praktischer, politischer Schriftsteller, sondern auch als feinselnder Erzähler und Schilderer historischer Vorgänge erwies.

Seit dem Eintritt Dr. Schofers in das politische Leben, war seine Tätigkeit in erster Linie der Gesamtheit und dann dem

Letzte Nachrichten

Das Sanierungsprogramm und die Länder Um das Finanzaufsichtsrecht des Reiches

M. Berlin, 31. Okt. (Priv.-Tel.) Ein Berliner Mittagsblatt glaubt über die Verhandlungen zwischen Reich und Ländern sehr optimistisch berichten zu können. Es meldet, daß, nachdem der Reichsminister einzelnen Forderungen, die sich zum Beispiel auf die Entschädigung für die Reichsbahn und Reichspost beziehen, nachgegeben sei, nun auch von den Ländern ein gleiches Entgegenkommen bei den übrigen Fragen zu erwarten sei. Nach unseren Informationen sind zwar (wie an anderer Stelle mitgeteilt) die Verhandlungen mit Bayern gut verlaufen, soweit es sich um die Forderung Dr. Hellders dreht, die Zinsen für die Postentschädigung zu erhalten, wegen der er gestern in Berlin war, nicht aber die Verhandlungen wegen des Sanierungsprogramms. Hier macht sich ein sehr starker Widerspruch fast aller deutschen Länder, namentlich gegen die Schaffung einer Finanzkontrolle der Länder durch das Reich, bemerkbar.

Die heutigen Verhandlungen in der Reichskanzlei mit den Vertretern der norddeutschen Länder begannen vormittags. Es handelt sich um die Länder Thüringen, die beiden Mecklenburg, die beiden Lippe, Oldenburg, Anhalt und Braunschweig. Am Nachmittag findet dann eine weitere Besprechung mit den Vertretern der drei Hansastädte statt.

Arbeitsaufnahme in der Berliner Metallindustrie

WAB. Berlin, 31. Okt. (Tel.) Nachdem die Urabstimmung in der Berliner Metallindustrie eine überwältigende Mehrheit für die Wiederaufnahme der Arbeit ergeben hatte, wurde heute früh in den großen Betrieben, bei Borsig, der WEG, Osram, Bergmann usw., die Arbeit wieder rektlos aufgenommen. Auch in diesen kleineren Betrieben wurde heute wieder in vollem Umfang gearbeitet.

Amerika auf der Genfer Abrüstungskonferenz Vermittlerrolle Gibsons

WAB. Paris, 31. Okt. (Tel.) Wie der „New York Herald“ aus Washington berichtet, soll Präsident Hoover dem amerikanischen Vorkämpfer in Brüssel und ersten amerikanischen Delegierten bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission, Gibson, volle Handlungsfreiheit für eine Vermittlungsaktion zwischen der französischen und italienischen Regierung in der Frage der Abrüstung gegeben haben. Das amerikanische Staatsdepartement habe im voraus alle persönlichen Sondierungen und Verhandlungen gebilligt, die Gibson in Paris und in Rom führen werde. Dieses Eingreifen der Vereinigten Staaten durch einen amerikanischen Vorkämpfer in europäische Angelegenheiten stelle eine Neuerung in der amerikanischen Politik dar.

Der Reichsrat hielt am Donnerstag eine öffentliche Sitzung ab, die mit einer Trauerkundgebung für die Opfer der Grubenkatastrophe an der Saar eingeleitet wurde.

Dienste seiner Partei und des katholischen Volksteils gewidmet. Hier hat er sich als Führer, Organisator, Redner und Schriftsteller unbegreifliche Verdienste nicht nur für das badische, sondern für das gesamte deutsche Zentrum erworben, das heute mit gesenkten Fahnen trauernd an seiner Bahre steht. Der Name Dr. Schofer war ein politisches und kulturelles Programm, weit über die Grenzen Badens hinaus im ganzen Reich mit unbeschränkter Verehrung und Hochachtung genannt. Sein weiser Rat hat allezeit im deutschen Zentrum die stärkste Beachtung gefunden, und wenn Dr. Schofer bei den Beratungen der deutschen Zentrumsparlei das Wort ergriff, so konnte er stets der allgemeinen Zustimmung sicher sein. Mit Dr. Schofer ist auch ein unerfährlicher Verteidiger der Rechte der Länder aus unserer Mitte geschieden. Seine reiche politische Erfahrung und Weisheit ließen ihn erkennen, daß ein freies und großes Deutschland nur im organischen Aufbau von Reich und Ländern und einer entsprechenden Verteilung der Staatsaufgaben entstehen könne. Dr. Schofer hat aus dieser seiner Auffassung niemals ein Hehl gemacht, ohne irgendwelchen engereigen partikularen Auffassungen zu halbdigen.

Es ist unmöglich, in einem kurzen Nachruf die großen Verdienste dieses Führerpersönlichkeit zu würdigen, deren Gang einen unerfährlichen Verlust bedeutet. Dr. Schofer war ein Volksmann im besten Sinne des Wortes und sein Name ist mit der politischen Geschichte Badens für immer aufs engste verknüpft. Er wird fortleben in Gedächtnis als der eines aufrechten, unerfährlichen Vorkämpfers für die Rechte des Volkes und für ein vom christlichen Geiste erfülltes Staatsideal, als eines warmen Freundes der Rotleidenden und Bedrückten, kurz, als das Ideal eines christlichen Politikers und Staatsmannes. Möge er nach seinem arbeitsreichen Leben, dessen Keimkerne glühende Vaterlandsliebe, Pflichttreue und Opferbereitschaft gemein sind, im ewigen Frieden ruhen!

Wirtschaftliche Umschau

Das Strecken nach der Decke — Der Schematismus der Preis- und Lohnfestsetzungen — Kohlen — Eisen — Zement

Das Vorgehen des Reichs gegen ein weniger bedeutendes Kartell, das Tapetenkartell, soll offensichtlich eine Warnung an die Preiskartelle sein, die sich gegen die Revision ihrer Preise sträuben. Hier ist zum erstenmal von der Kartellnotverordnung Gebrauch gemacht worden, nachdem vom Reichswirtschaftsrat festgestellt worden war, daß besonders hohe, volkswirtschaftlich nicht gerechtfertigte Verbraucherpreise vorliegen. Die Reichsregierung muß so vorgehen, wenn sie ihr Finanz- und Wirtschaftsanierungsprogramm der Einschränkung der Ausgaben, des Streckens nach der Decke verwirklichen will. Sie kann nicht nur beim einzelnen, beim Arbeiter, Angestellten und Beamten, an Abbau der Bezüge denken, soweit sie im Verhältnis zum Gesamteinkommen überhöht und volkswirtschaftlich nicht mehr tragbar scheinen, es gibt nicht nur unhaltbare Lohnsätze, sondern auch unhaltbare Preisabmachungen in Industrie und Handel, die ungerechtfertigte Verdienste auf Kosten der Gesamtheit bedingen.

Es ist richtig, daß eine Stützung der Kaufkraft und hohe Einkommen die Wirtschaft ankurbeln, aber diese Einkommen müssen durch Leistungen verdient sein und müssen irgendwoher kommen, nachdem der langfristige Kapitalzufluß aus dem Ausland fast ganz aufgehört hat. Die Berliner Ford-Fabrik hat dieser Lage sogar Gehälter und Löhne erhöht, aber mit dem ausdrücklichen Hinweis darauf, daß dies infolge höherer Leistungen geschehen konnte. Eine solche Stärkung der Kaufkraft ist eine echte, nicht dagegen der bei uns übliche Schematismus, bei dem politisch und wirtschaftlich mächtige Gruppen lediglich eine Verschiebung zu ihren Gunsten durchsetzen. Es ist nicht zu bestreiten, daß z. B. niedrigere Beamtengehälter auf jeden Fall zunächst auch niedrigeren Umsatz der Wirtschaft bedingen, aber was man der Wirtschaft seinerzeit durch erhöhte Beamtenbezüge gab, hat man ihr durch höhere Abgaben und Steuern auf der anderen Seite nehmen müssen. Und was durch allzu schematische Lohntariferhöhungen der Arbeiterschaft gegeben worden ist, hatte sogar die Wirkung einer geringeren Beschäftigung, also Arbeitslosigkeit, damit auch verringerten Umsatz im Inland und verringerte Konkurrenzfähigkeit dem Ausland gegenüber. Die weiter unten erörterte Krise in der Zementindustrie zeigt die volkswirtschaftlichen Schäden einer schematischen Preisdiktatur von Unternehmungen. Nicht anders scheint es bei der in einem internationalen kontinentalen Trust organisierten Linoleumindustrie zu sein, die trotz etwa auf Vorkriegspreisen stehender Kosten für die wichtigsten Rohmaterialien ihre Produkte z. T. um 100 Proz. teurer als vor dem Krieg an den Verbraucher liefert. Der Trust soll für den Ankauf und die Sanierung schweizerischer und französischer Werke gewaltige Summen haben aufwenden müssen, die nun in den überhöhten Preisen zum Ausdruck kommen.

Ein im ganzen sich nicht mehr tragendes Lohn- und Preisgebäude, wie wir es längst in Deutschland haben, ist entweder in verständnisvollem und vorausschauendem Zusammenwirken umzubauen, oder es muß schließlich mit immer krisenhafteren Erscheinungen und immer größeren Verlusten für die Beteiligten und die Allgemeinheit zusammenstürzen.

Der für 1. Dezember vom Ruhrbergbau gegebenen Zusage der Senkung der Preise für Kohlen um 6 Proz., die ja den wichtigsten Rohstoff der deutschen Industrie darstellen, sind bei noch nicht geklärter Haltung Oberschlesiens bereits tatsächliche Herabsetzungen der Braunkohlenpreise gefolgt, wobei das Rheinische Braunkohlenyndikat auch die Preise für Hausbrandbriketts herabsetzte. Es sind dies Schritte, die, wenn sie auch in ihrer Wirkungsweise nicht überschätzt werden dürfen, doch einen sehr bedeutungsvollen Anfang einer planmäßigen Ankurbelung der Wirtschaft bedeuten. Das geht schon daraus hervor, daß es Industrien gibt, bei denen die Ausgaben für Kohlen 30 Proz. des Produktionswertes betragen. Hierzu gehört auch die Gas- und Stromerzeugung, soweit sie sich nicht auf eigene Gruben stützt. Dort, wo wie bei Ferngasverträgen eine Kohlenklausel besteht, muß sogar automatisch eine Preisherabsetzung eintreten. Sehr viel wird ferner davon abhängen, welche volkswirtschaftliche Folgerungen

die Reichsbahn mit ihrer Frachtagestaltung aus der Herabsetzung der Kohlenpreise zieht. Schließlich kommt es noch darauf an, daß die Kohlenpreissenkung die Lebenshaltung der breiten Schichten, die mit Abbau und Verringerung ihres Einkommens zu rechnen haben, selbst erleichtert. Die Reichsregierung hat in dem mitgeteilten Schreiben an die Länderregierungen gebeten, nichts zu unterlassen, um die Preisentfaltung bis zum letzten Verbraucher herab fühlbar zu machen und unter Nachprüfung der Handelskammern überall, auch bei der Tarifpolitik der Kommunalbetriebe, darauf hinzuwirken, daß die Ermäßigung der Preise des Urprodukts sowohl beim industriellen wie auch beim Hausbrandverbraucher restlos zur Auswirkung komme und nicht auf diesem Wege versickere. Dabei wird auf die letzte Notverordnung Bezug genommen, die scharfe Maßnahmen Reich und Ländern anheimgibt.

Der Kohlenbergbau bringt die Preisentfaltung in engen Zusammenhang mit der Lohnfrage, deren Regelung durch Schiedspruch um die Jahreswende akut wird. Der Ruhrbergbau hat sich durch Vorangehen mit der Preisentfaltung eine günstige Position gesichert, wenn auch die Arbeitnehmerschaft gegen die verlangte Lohnkürzung einwendet, daß infolge der Feierschichten ihr Einkommen trotz des bekanntlich stark angefochtenen Schiedspruchs von 1928 tatsächlich gesunken sei. Von Arbeitgeberseite wird dazu entgegnet, daß die Preisentfaltung im Zusammenhang mit einer Senkung tariflich übersteigeter Löhne eben den Zweck habe, den Kohlenverbrauch und die Wirtschaft anzufurbeln und die Feierschichten zu verringern. Gewiß wird das nicht auf einen Schlag gehen, zumal der Abfall im bestrittenen Gebiet (wo die transportbegünstigte englische Kohle konkurriert) aus den Erlösen des Kohlenabfuges im unbestrittenen Gebiet, wo ja die Preise gesenkt werden sollen, durch Kampfspreise weiter finanziert werden muß. Es wird also alles für Arbeitgeber und Arbeitnehmer davon abhängen, ob und in welchem Tempo die angestrebte Abfaherweiterung gelingt und wie die anderen Industrien mit Preisentfaltungsmaßnahmen ihrer Produktion nachfolgen und inwieweit sie, ihren Umsatz im Inland und ihre Konkurrenzfähigkeit im Ausland zu bessern. Auch das Institut für Konjunkturforschung sieht hier nur die Möglichkeit einer allmählichen Besserung voraus und weist auch auf mögliche Konkurrenzmaßnahmen des ausländischen Kohlenbergbaues hin.

Die Eisenhüttenindustrie freilich ist fast ausschließlich Selbstversorger. Bei ihr handelt es sich um Verrechnungspreise, die schon jetzt unter den Ruhrkohlenpreisen ab 1. Dezember liegen, und sie wird eben von sich aus durch Herabsetzung dieser Verrechnungspreise auf ähnliche Weise zu neuen kaufmännischen Grundlagen gelangen müssen wie der reine Kohlenbergbau. Die Eisenhüttenindustrie, die sich noch gegen Herabsetzung der stark übersteigerten Inlandpreise sträubt, leidet auch deshalb besonders unter der Wirtschaftsdpression, was am besten durch die Tatsache illustriert wird, daß ihre Produktion seit Anfang dieses Jahres um nahezu 40 Proz. zurückgegangen ist. Während die englischen und amerikanischen Eisenpreise etwa das Vorkriegsniveau halten, liegen die deutschen Preise um etwa ein Drittel darüber, Stabeisen um 68 Proz. über den freien Weltmarktpreis! Die deutschen Inlandpreise sind eben infolge der weitergeltenden Abmachungen des nun vor der Erneuerung stehenden internationalen Rohstoffkartells praktisch Monopolpreise, und die Industrie nahm bisher lediglich Rücksicht auf die ausländischen Kunden, ohne dies dem Inland gegenüber

notwendig zu haben. Durch Rückvergütungen der Güter erhält allerdings die bearbeitende Industrie für ihren Exportbedarf schon bisher einen Ausgleich.

Die Eisenhütten erklären, sie seien nur zu einer weiteren Senkung der Inlandpreise in der Lage, wenn auch die Löhne weiter gesenkt würden, die höher seien als die in den Konkurrenzländern (nachdem der Oynhauser Schiedspruch vom Mai lediglich eine Ermäßigung der überhöhten Löhne um 7 1/2 Proz. vorgegeben hat). Ebenso seien im Ausland auch die Frachten und Steuern niedriger. Dazu komme die mit hochverzinslichem Auslandsgeld durchgeführte Rationalisierung der Anlagen, die höchstens mit 60 Proz. ausgenutzt seien. Die deutsche Eisenausfuhr, einschließlich derjenigen über die weiterverarbeitende Industrie machte fast 50 Proz. der Erzeugung aus, belaste aber, da sie nur mit Verlustpreisen vorgenommen werden könne, den Inlandkonsum sehr erheblich. Andererseits würde eine Einschränkung der Ausfuhr neue Entlassungen und infolge der an sich schon geringen Ausnützung der Anlagen auch eine Steigerung der Selbstkosten mit sich bringen.

Die Zementindustrie steht infolge einer übersteigerten und ungeordneten Kartellpolitik jetzt in einer Krise, die als Beginn einer natürlichen Neimigung angesehen werden kann. Diese Krise geht vom Westdeutschen Zementverband (einem der drei großen deutschen Zementverbände, neben dem Süddeutschen und dem Norddeutschen) aus, dessen Schicksal sich bis Ende November entscheiden muß, wenn es bis dahin nicht gelingt, die Außenseiter dem Verband anzugliedern. Die Zementkartelle standen in der letzten Zeit im Mittelpunkt der Erörterung um die Kartellfragen. In den letzten Jahren war es ihnen gelungen, durch straffe Preisbildung sehr gute Verdienste zu erzielen, die aber mit dem Anwachsen der Außenseiterfirmen abnahmen. Um das auch unrationelle Betriebe durchschleppende Preisgebäude aufrechtzuerhalten, war man nämlich zu dauernden Aufkäufen und Abfindungen von Außenseiterfirmen gezwungen, was aber immer wieder zu Neugründungen anregte, so daß man schließlich nicht mehr weiterkam und im Gebiet des Westdeutschen Zementverbandes die Außenseiter über 40 Proz. (im Vorjahr 20 Proz.) der Kartellproduktion absetzten. Es gelang ihnen, durch ein engmaschiges Vertreternetz ihr Abgabegbiet über ganz Deutschland zu vergrößern, so daß sie fast das ganze Jahr volle Beschäftigung hatten, während die Kartellfirmen eine außerordentliche Verminderung ihres Beschäftigungsgrades auf etwa ein Viertel ihrer Produktionsfähigkeit zu verzeichnen hatten. Auch nach Süddeutschland macht sich der gesteigerte Absatz dieser Außenseiterfirmen geltend, die bisher wenig Luft zeigten, der Einladung des Westdeutschen Zementverbandes zu folgen und Bindungen über Einschränkungen einzugehen, die durch den allgemeinen und Gesamtmarkt des Verbrauchs (Einschränkung der Industriebauten und öffentlichen Tiefbauten) auf zwei Drittel des schon verringerten Absatzes notwendig wären.

Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrats hat dieser Lage die durch die Zementkartelle vorgeschriebenen Preise als volkswirtschaftlich keineswegs gerechtfertigt und vielfach überhöht und die im wesentlichen auf die Außenseiterbekämpfung eingestellte Preispolitik als bedenklich bezeichnet. Da aber in letzter Zeit beachtliche (wenn auch sehr ungleichmäßige) Preisentfaltungen eingetreten sind, hält der Ausschuß Eingriffe der Reichsregierung im Augenblick nicht für erforderlich. Auch in Süddeutschland, wo die Verhältnisse noch am günstigsten für

das Kartell zu liegen scheinen, arbeitete man in der letzten Zeit nur mit etwa einem Drittel der Kapazität und muß jetzt mit einem Auseinandergehen der Zementyndikate rechnen, für welche letzteren Fall übrigens bereits vor Jahresfrist ein Gegenseitigkeitsvertrag zwischen den maßgebenden Firmen, der Portlandzementwerke Heidelberg (Süddeutscher Verband), Dyckerhoff & Söhne, Mainz-Amöneburg, Schwent, Ulm. und Schleifische Portlandzement-Fabrik AG. Oppeln, von Bedeutung ist, der auch dann die weitere Zusammenarbeit dieser Werke sichern will. Kommt es zur Zertrümmerung des Westdeutschen Zementverbandes, so stehen Kämpfe auf breiter Front in Aussicht, deren Folge die von den Kartellen unterlassene Auscheidung rückständiger Werte sein muß. Es wird jedoch als wahrscheinlich bezeichnet, daß der Süddeutsche und der Norddeutsche Zementverband infolge verschiedener bestehender Verbindungen noch nicht von diesem Auflösungsprozeß ergriffen werden.

Die Tabaksteuererhöhung Zollerhöhung auf das Fünffache — Geringe Erhöhung der Zigarettensteuer

Das Finanzprogramm der Reichsregierung sieht befallig eine Erhöhung der Tabaksteuer vor, und in den neuen Reichsetat sind auch Mehreinnahmen von 167 Millionen Reichsmark aus diesem Titel eingestellt worden. Das Reichsfinanzministerium hat sich entschlossen, dem englischen Muster zu folgen — in England ist die Belastung des Tabaks pro Kopf der Bevölkerung bedeutend höher als in Deutschland — und eine Erhöhung der Rohstoffbelastung vorzunehmen. Die zweckmäßigste Form einer solchen allgemeinen Rohstoffbelastung ist zweifellos die Zollerhöhung, weil sie keine neuen Erhebungskosten verursacht und gleichzeitig automatisch für den deutschen Tabakbau eine Ertragssteigerung bedeutet. In Aussicht genommen ist die Erhöhung von 80 Reichsmark auf 400 Reichsmark für den Doppelzentner.

Um eine Überlastung der Zigarettenproduktion zu vermeiden, soll gleichzeitig die Materialsteuer von 500 Reichsmark auf 200 Reichsmark herabgesetzt, die Vandalensteuer für Zigaretten dagegen von 33 Reichsmark auf 38 Reichsmark erhöht werden. Für Zigaretten, Rauch- und Schnupftabake, die keine Materialsteuer tragen, bleibt auch die Vandalensteuer unverändert.

Da die Erhöhung der Rohstoffbelastung bei der Zigarette gering ist, so wird angenommen, daß trotz der Erhöhung der Vandalensteuer keine Erhöhung der Kleinverkaufspreise eintreten wird, sondern die erhöhte Belastung von der Industrie und den Händlern getragen wird. Dagegen wird die Vermehrung der Rohstoffbelastung zu einer Preissteigerung der übrigen Tabakerzeugnisse führen, der wahrscheinlich ein Konsumrückgang folgen wird, so daß von dem rechnerischen Ergebnis der Erhöhung etwa 70 Millionen abgesetzt werden müssen, um zu dem vermuteten tatsächlichen Ergebnis zu kommen.

Aus Steuern und Zöllen wird insgesamt ein Ertrag von 1272 Millionen erwartet, um 167 Millionen mehr als bisher. Da der Gesamtwert des Kleinverkaufspreises etwa 5 Milliarden beträgt, stellt sich die Belastung durch Zoll und Steuer auf rund 42 Prozent.

Der Prinz von Wales und der Völkerbund

W. London, 31. Okt. (Tel.). Auf einem von der britischen Liga für Völkerbund zu Ehren der Delegierten der Reichskonferenz in der Guild-Hall gegebenen Essen, hielt gestern abend der Prinz von Wales eine Rede, in der er u. a. sagte: „Es gibt kein anderes Mittel, als den Völkerbund, um den Frieden zu befestigen und der Welt wieder zum Wohlstand zu verhelfen.“ Der Prinz wies auf das Beispiel Kanadas hin, dessen lange Grenzen gegenüber den Vereinigten Staaten von keiner Truppenmacht geschützt würden, und sagte: „Die Zivilisation hat zweifellos jetzt einen Punkt erreicht, wo solche Tatsachen bedeutungsvoll sind.“

Die Regierungsbildung im Memelland. Der Gouverneur des Memelgebietes hat das Rücktrittsgesuch des Landespräsidenten Reissys und seiner beiden Landesdirektoren angenommen. Der neugewählte memelländische Landtag ist zum 1. November 1930 zu seiner ersten Sitzung einberufen worden.

Badisches Landestheater

Zeittheater

Zum erstenmal

Vork

Schauspiel in drei Akten von Gerhart Menzel

In Szene gesetzt von Felix Baumbach

Der gute Besuch der Zeittheatermiete in der letzten Spielzeit hat die Theaterleitung mit Recht veranlaßt, auch dieses Jahr einen entsprechenden Zuzug in den Spielplan aufzunehmen, wobei allerdings die dabei aufzuführenden Werke noch nicht bekanntgegeben sind.

Als erste Veranstaltung des diesjährigen Zeittheaters wurde des Kleistpreisträgers Gerhart Menzel Schauspiel „Vork“ inszeniert. Der erste Akt zeigt Menzels beachtenswertes Talent, dramatische Spannungen zu erzeugen und vorwärtszutreiben. Im Mittelpunkt steht der sechzigjährige Hofbesitzer Vork, der durch den Krieg und die Inflation außer zwei Söhnen Geld und Gut verloren hat und nun, da er sich durch eisernen Fleiß einen neuen Besitz im Werte von 45 000 Reichsmark erworben hat, aber trotz aller Bemühungen seinen Steuern nicht nachkommen kann, wegen einer auf 6000 M aufgelaufenen Steuerforderung durch die gerichtliche Versteigerung von Haus und Hof kommen soll. Der um Aufschub bitende Schuldner wird von Amt zu Amt geschickt, ohne daß die Beamten ihm helfen können. Durch die erfolglosen Bittgänge steigt seine Erregung immer höher, und schließlich bricht sein moralisches Rechtsgesühl gegen das Gesetz des Staates in wilder Empörung aus, die sich in Beamtendrohung und Aktenvernichtung äußert. Dieses Anblicks hat es nur bedürft, um die ebenfalls wegen Steuerrückständen im Amt erschienenen Bauern zu Gewalttaten zu entflammen, wobei der Steuererzähler erschlagen wird, die Einrichtung zerstört, die Akten auf dem Marktplatz verbrannt werden.

Dieser erste Akt des Schauspiels ist überaus lebendig und packend sowohl in der individualpsychologischen Zeichnung der Hauptperson als in der massenpsychologischen Darstellung des unter den gedrückten Bauern entzündeten und sich entzündenden Aufsturus. Besonders anerkennenswert ist, daß die Beamten, also dramaturgisch die Gegner Vorks und der Bauern, durchaus sachlich und keineswegs in ungünstiger Verzerrung geschildert sind. Gerade daraus entspringt der Wahrheitsindruck des Aktes, obwohl die Empörer die Sympathien gewinnen.

Die beiden folgenden Akte bedeuten demgegenüber einen starken Abfall, wenn es dem Verfasser auch immer wieder gelingt, in Einzelszenen uns zu fesseln. Menzel versucht zu zeigen, wie sich das verletzte individuelle Rechtsgesühl Vorks keineswegs mit dem allgemeinen Aufruhr gegen den Staat einverstanden erklären kann. Er weigert sich, als Anführer der Bauern, die zur Verhinderung der Versteigerung auf seinem Hofe erschienen sind, zu gelten, und will sich von ihnen loslösen, sie heimzuführen. Aber die entfesselte Flut ist zu stark. Sein Schwiegersohn, der „Glücksdiener“, eine Art Hofkuchentier, nationalsozialistischer Feuerkopfs, hat sie mächtig weitergetrieben. Vork kommt allmählich zur Erkenntnis, daß er doch, wenn auch ohne seinen Willen und seine Absicht, der intellektuelle Urheber des Aufstandes ist, daß er verantwortlich für den Wut des Grotzlers ebenso wie für den Freitod des gedächten Mörders ist, verantwortlich für das drohende Gesamtgeschick der Aufständischen. Um ihren Widerstand in seinem von ihnen gegen die anrückende Polizeimacht verbarrikadierten Hause zu brechen, setzt er selbst sein Eigentum in Brand und übergibt sich der eindringenden Polizei als bemüheter Antifist, wobei er auch noch die Schuld seines Schwiegersohnes, der in seiner Leidenschaft einen Wachmeister erschossen hat, auf sich nimmt.

Diese Entwicklung, die schließlich bedenklich nahe sentimentaler Zügelverklärung kommt, gibt nicht mehr den Eindruck von Wahrheit und Leben, sondern von Veredlung und Theater. Und gerade weil die überzeugende Unmittelbarkeit des ersten Aktes verlorengeht, so erachtet auch die dramatische Spannung. Statt eines dichteren Dramas entsteht der Eindruck einer dramatischen Reportage über einen Landvollaufstand, wie er uns aus Zeitungs- und Prozeßberichten geläufig ist, mit theatralischem Aufputz.

Die Aufführung unter Leitung von Felix Baumbach war vorzüglich. Auch hier wieder war ganz besonders gelungen der erste Akt. Schon rein bühnisch war die Inszenierung überaus geclüdt in der Art und Weise, wie das allmähliche Ansteigen der Erregung bis zum Ausbruch bildlich dargestellt war. In der Mitte der Bühne saßen die Bauern. Vork läuft hindurch. Er wird nun in den verschiedenen Amtszimmern, die im Hintergrunde aufleuchten, bei seinen fruchtlosen Verhandlungen gezeigt. Dazwischen erscheint er immer wieder im Vordergrunde, und schließlich kommt er ins letzte Amtszimmer, das jetzt ganz vorne, unmittelbar neben den Bauern liegt, wo seine Empörung ausbricht und unmittelbar auf die Bauern überpringt. Baumbach und Korsten geben verdienen für diese Art szenischer Darstellung feinsten Entschluß höchstes Lob. Besonders geclüdt waren auch die Beamten

als Gegenpieler der Bauern. Vier standen wache Typen, die einzeln und in ihrer Gesamtheit sehr viel zu dem Wahrheitsindruck des ersten Aktes beitrugen.

Die beiden letzten Akte in der Hofstube Vorks waren szenisch konventioneller, doch war auch hier manches besonders geschickt, wie etwa zum Schluß die Dämpfung der langen Inzierden von Vork und Schwiegersohn durch die Vorgänge im Hintergrunde, wo die Bauern von der Polizei untersucht und abgeführt werden. (Weniger geclüdt war, daß das Kind der tugendhaften Familie ruhig im brennenden Hause gelassen wird.) Im ganzen hat Baumbach aus dem Werke alles herausgeholt, was möglich war.

Die Titeltrolle gab Ulrich von der Trend, in der Maske an einen bekannten Politiker erinnernd, sehr überzeugend. Das Tüchtige und Philistrie, das Erregbare und Gläubige, das Kraftvolle und Jarre kamen in seiner Darstellung gut zum Ausdruck. Stefan Dahlen, ganz in Braun, war sein Schwiegersohn Kamrath, stürmisch, leidenschaftlich, rüchsig und hemmungslos, aber ebenso unbesonnen, unbehelbar und schwach. Kein erfreulicher Zeigenoffe, aber sehr begreiflich und verständlich in Dahlens Verkörperung. Der Tochter Vorks, Emma Kamrath, verlieh Liselotte Schreiner sympathische Wärme und Lebenswärme. Die Sprecher der Bauern waren in scharfer Differenzierung in guten Händen: Friedrich Kräter, als der alte Hiesler vielleicht nicht ganz so überzeugend wie der schwerfällige-eheliche Laaz von Paul Rudolf Schulze, der leidenschaftlich-berbissene Dampf von Hermann Brand, der widerlich-heberische Nanotta von Paul Gemmede. Paul Müller als Mutius befriedigte durch zu stark aufgelegte Komik weniger. Die schon erwähnten Beamten fanden ihre ausgezeichnete Charakterisierung durch Otto Kienischer, Hugo Söder und Fritz Sera; unter ihnen besonders erwähnt werden muß Karl Melner als Grotzler, der ein kleines Kabinettsstück bot.

Im ganzen ein überaus erfolgreicher Auftritt des Zeittheaters! Prof. Dr. Karl Holl.

Italienische Ehre eines deutschen Gelehrten. Der Direktor des deutschen Archäologischen Instituts in Rom, Professor Ludwig Curtius, ist zum auswärtigen Mitglied der königlichen Italienischen Accademia bei Venei ernannt worden. Diese Ehre trifft den deutschen Gelehrten noch als Rektor valeszenten in Heidelberg, wo er soeben einen schweren Typhus anfall überstanden hat.

Den Nobelpreis für Medizin und Physiologie für das Jahr 1930 erhielt Professor Karl Landsteiner von dem Rockefeller-Institut in New York.

Die Sanierung der Finanzen

Die Gesetze vom Reichskabinett verabschiedet

Das Reichskabinett brachte am Donnerstag in einer unter dem Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning stattgehabten Abend Sitzung seine gesetzgeberischen Arbeiten zum Wirtschafts- und Finanzplan zum Abschluß. Sämtliche zu diesem Gesamtplan gehörigen Gesetze sind nunmehr verabschiedet worden. Der Beginn der Verhandlungen mit dem Reichsrat ist bekanntlich auf den nächsten Dienstag, den 4. November, festgesetzt.

Die Länder und die Gehälterkürzung

Die Gesetze, welche die Grundlagen des neuen Reichshaushaltsplanes bilden, tragen zum Teil verfassungsändernden Charakter, so insbesondere das Gesetz über die Einschränkung des Personalaufwands in Reich und Ländern, das die im Reich eingetretene Gehälterkürzung auf Länder und Gemeinden übertragen will, und weiter das Gesetz, durch das dem Reich eine gewisse Aufsichtsbefugnis über die Finanzgebarung der Länder und Gemeinden zugestanden werden soll.

Die „Wost. Stg.“ glaubt, daß diese verfassungsändernden Gesetze, die eine Zweidrittelmehrheit im Reichstage bedingen, sich vielleicht vermeiden lassen, wenn es gelingt, vertragliche Vereinbarungen über diese Fragen zwischen Reich und Ländern zustande zu bringen. Die Punkte, in denen die Länder Widerstand angekündigt haben, sind: Die Kontrolle ihrer eigenen Finanzgebarung, die Umgestaltung der Hauszinssteuer, die Senkung der Realsteuern und die vom Reich geplante Kürzung der Beamtengehälter. Die Länder sind zwar an sich mit einer Kürzung der Beamtengehälter einverstanden. Das Reich will aber von der Erparnis, die sich daraus für die Länder ergibt, für eigene Finanzzwecke 100 Millionen Reichsmark abziehen, und gegen diesen Abzug richtet sich der Widerstand der süddeutschen Länder und auch einzelner mitteldeutscher Länder.

Von süddeutscher Seite ist vorgeschlagen worden, statt der einheitlichen sechsprozentigen Kürzung der Beamtengehälter einen gestaffelten Abzug vorzunehmen, der mit 15 Proz. bei den oberen Gehältern beginnt und auf 2 Proz. bei den unteren Gehältern sinken soll. Das Reich hält dem Standpunkt der Länder entgegen, daß die Kürzung der Gehälter bei Länder- und Gemeindebeamten eine Erparnis von 300 Millionen Reichsmark bedeuten würde, so daß, wenn das Reich für sich selbst 100 Mill. abzieht, den Ländern immer noch zwei Drittel des erparnten Betrages verbleiben würde. Insgesamt wird die Kürzung der Beamtengehälter eine Erparnis von 514 Millionen Reichsmark bei allen öffentlichen Körperschaften bedeuten, und zwar auf das Reich 62 Millionen, auf die Reichspost 62 Millionen, auf die Reichsbahn 90 Millionen, auf Länder und Gemeinden 300 Millionen.

Die Abgeltung des bayerischen Postregals

Zu einer Meldung über eine Spannung zwischen dem Reichskabinett und der bayerischen Volkspartei wegen der bisherigen Nichterledigung der Abgeltung des bayerischen Postregals, wird aus Berlin mitgeteilt, daß in den Besprechungen, die am Donnerstag zwischen dem Reichskanzler und dem Reichsfinanzminister auf der einen und dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Heß auf der anderen Seite stattgefunden haben, auch die Frage des Postregals berührt worden sei. Für die bayerische Volkspartei bestimme somit kein Grund, an die eventuelle Zurückziehung ihres Ministers aus dem Reichskabinett zu denken.

Dem „Berl. Tageblatt“ zufolge verläutet in Reichsratskreisen, daß jetzt auch die sächsische Regierung erwägt, ihre mehrere Millionen betragenden Zinsansprüche aus der Abtretung der sächsischen Eisenbahn geltend zu machen.

Die Kürzung der Angestelltengehälter

Im Reichsfinanzministerium fanden Verhandlungen mit den Angestelltenorganisationen wegen einer Kürzung der Angestelltengehälter analog der vorgesehenen Kürzung der Beamtengehälter statt. Das Reichsfinanzministerium legt den Angestelltenorganisationen den Abschluß einer Vereinbarung des Inhalts vor, daß durch eine Änderung der Dienstbezüge der Reichsbeamten durch Kürzung eines Sonderzuschusses ohne weiteres der entsprechende Abzug bei den Dienstbezügen der Angestellten eintreten solle. Die Vertreter der Angestelltenverbände erklärten, zu der Frage der Gehältskürzung nicht Stellung nehmen zu können, ehe die Kürzung der Beamtengehälter entschieden sei.

Das Hochwasser in Schlesien

W. B. G. 31. Okt. (Tel.). Das gestern mittag vom Oberlauf der Neiße aus Bittau gemeldete neue Hochwasser hat sich hier nicht so katastrophal ausgewirkt, wie befürchtet wurde, obwohl der Regen bei milder Temperatur mit Unterbrechungen und auch die Schneeschmelze im Gebirge noch andauert. Der Pegelstand der Neiße ist seit heute früh 4.10 Uhr unverändert, so daß mit einem Zurückgehen des neuen Hochwassers zu rechnen ist.

Kleine Chronik

Die Reichs- und die preussische Staatsregierung haben für die Opfer der Grubenkatastrophe in Maybach im Saarrevier eine Spende von 50 000 Reichsmark zur Verfügung gestellt. Von den Verletzten sind im Krankenhaus noch drei gestorben. Die Zahl der Toten beträgt jetzt 98.

Die Untersuchung der Woborfer Katastrophe hat noch immer keine einwandfreien Feststellungen über die Ursache ergeben. Es besteht noch wie vor die Möglichkeit der Explosionsursache über Tage wie auch unter Tage. Eine Schlagweitere- und Kohlenstaubexplosion in dem Abbaubetrieb der einzelnen Flöze, die inzwischen befahren worden sind, kann als ausgeschlossen angesehen werden. Unter den Trümmern liegen auch noch mehrere Tote.

Garry Domela, der bekannte Pseudopring, wurde am Mittwoch wegen verschiedener kleiner strafbarer Handlungen in Nürnberg verhaftet. Er soll versucht haben, Schwindelstreiche zu begehen. Bei seiner Verhaftung war er vollkommen mittellos.

Im Siebengebirge kürzten zum Südbang der Wollenburg 100 000 Kubikmeter Fels zu Tal. Menschenleben sind nicht zu beklagen und die Schuttmassen liegen im Tal 5 bis 6 Meter hoch. Sie haben die Wälder, Wiesen und Obstkultur zerstört. Der Hang ist ein ziemlich abgelegenes, altes Steinbruchgebiet.

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags

hat am Mittwoch alle Anträge auf Aufhebung des Youngplans bzw. Einleitung von Revisionsverhandlungen mit wechselnden Mehrheiten abgelehnt. Der Kanzler hatte die in der Regierung vertretenen Parteien doch wohl davon zu überzeugen vermocht, daß die Annahme eines der Anträge das Kabinett in eine schwierige Lage gegenüber dem Ausland bringen würde. Allerdings ist anzunehmen, daß die Regierung gewisse Zusicherungen gegeben hat. Damit dürfte die Revisionsfrage bis zum Frühjahr vertagt sein. Ist bis dahin die vorgesehene allgemeine Sanierung der Finanzen erfolgt, so kann eine diplomatische Aktion, wie sie ja im Grunde von allen Seiten gewünscht wird, mit besserer Aussicht auf Erfolg eingeleitet werden.

Die „D. N. Z.“ warnt das Ausland, etwa falsche Folgerungen aus der Tatsache zu ziehen, daß ein Votum zur Tributfrage nicht zustande gekommen ist, und auch der „Vorwärts“ stellt fest: „Nichts wäre jedoch falscher als der Schluss, daß dieses negative Ergebnis ein Ausdruck der Zufriedenheit des Volkes mit den Youngzahlungen sei.“

Nachdem der Auswärtige Ausschuss die mitgeteilte Entschließung über die Abrüstungsfrage verabschiedet hat, hat Donnerstags eine Besprechung zwischen den beteiligten Reichsministern stattgefunden. Gegenstand dieser Besprechung war die von Deutschland in der Abrüstungsfrage zu befolgende Politik, sowie insbesondere diejenigen Punkte, die mit dem Programm der in der nächsten Woche in Genf zusammentretenden Vorbereitenden Abrüstungskommission zusammenhängen. Die Führung der deutschen Delegation für diese Kommission ist wiederum dem Votschaffer a. D. Grafen Bernstorff übertragen worden. Der Delegation gehören außerdem als Vertreter des Reichswehramts der Admiral Freiherr v. Freyberg und der Oberst von Schönheim, sowie einige weitere Sachverständige an.

Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages gab am Donnerstag Reichsaußenminister Dr. Curtius über die deutsch-feindlichen Kundgebungen in Prag und den Boykott deutscher Konzilme eine Erklärung ab. Die deutsche Außenpolitik erwarte, daß in Prag und der tschechischen Bevölkerung die Würde der deutschen Kultur und die Bedeutung des Deutschturns nicht länger verkannt werden. Deutsche Künstler haben ihr Auftreten in Prag abgesetzt, deutsche Sportvereine ihre Mitwirkung an Sportveranstaltungen abgelehnt. Diese Haltung war selbstverständlich. Sie werde so lange weiterbauern, bis eine Änderung in Prag zu beobachten sei.

Reichstagsführung am 3. Dezember. Der Ältestenrat des Reichstages hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, in der der nochmaligen kommunalistischen und nationalsozialistischen Anregung, den Reichstag früher einzuberufen, nicht stattgegeben wurde. Die nächste Reichstagsführung findet daher am 3. Dezember statt. Der Hauptauschuss des Reichstages wird jedoch bereits in der übernächsten Woche seine Arbeiten wieder aufnehmen.

Der braunschweigische Minister Franzen erklärte im Landtag, daß der gegen ihn ausgesprochene Verdacht zu Unrecht besteht. Um die Anschuldigungen nicht monatelang auf sich sitzen zu lassen, und da er annehme, daß seine Immunität als Reichstagsabgeordneter nicht aufgehoben werde, habe er selbst einen Antrag auf baldige gerichtliche Entscheidung vor Braunschweiger Gerichten gestellt. Er wolle mit diesem Prozeß der Berliner Polizei Gelegenheit geben, mit ihrem Material herauszurücken, und werde in diesem Prozeß seine Geugnen anrufen lassen.

Der Vorstoß gegen Baldwin, der von einem Teil der englischen Konservativen unter Führung der Pressemagnaten Beaverbrook und Kothmerer unternommen wurde, ist gescheitert. Eine konservative Verammlung hat mit großer Mehrheit den Antrag auf Änderung der Parteiführung abgelehnt.

Badischer Teil

Beileidskundgebungen zum Ableben von Prälat Dr. Schofer

Der Staatspräsident hat an die Angehörigen des Herrn Prälaten Dr. Schofer nachstehendes Beileidstelegramm gerichtet:

Ramens der Staatsregierung spreche ich den Angehörigen des so unerwartet rasch heimgegangenen Prälaten Dr. Schofer aufrichtigste Teilnahme aus. Die ausgezeichneten Verdienste des hervorragenden Politikers um das badische Land und das Volk werden dem Verleblichen ein nie verlöschendes dankbares Andenken sichern.

Dr. Schmitt, Staatspräsident.

An den Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Landtags und stellvertretenden Vorsitzenden der Badischen Zentrumsparlei, Herrn Präsident Dr. Baumgartner, hat der Staatspräsident folgendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Präsident!

Durch das unerwartete Ableben des Herrn Prälaten Dr. Schofer hat die Zentrumsfraktion sowie die Badische Zentrumsparlei einen herben Verlust erlitten. Auch die Staatsregierung betrauert das Hinscheiden des hervorragenden Politikers und Staatsmannes in dankbarer Würdigung der ausgezeichneten Verdienste, die er sich um das ganze Land und das Volk in einer langjährigen Tätigkeit als Volksvertreter erworben hat.

Ich bitte Sie, den Ausdruck der aufrichtigen Anteilnahme der Regierung der Fraktion des Landtags sowie der Badischen Zentrumsparlei zu übermitteln.

Mit ausgezeichneter Hochachtung

Dr. Schmitt, Staatspräsident.

Reichskanzler Dr. Brüning hat der Badischen Zentrumsparlei zum Hinscheiden des Prälaten Dr. Schofer sein tiefstes Beileid telegraphisch übermittelt.

Die Beisetzung Dr. Schofers findet am Dienstagmorgen statt. Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Badischen Landtags, Präsident Dr. Baumgartner, hat sich bereits heute vormittag nach Freiburg begeben.

Ein badisches Notgesetz zur Bürgersteuer

Das badische Staatsministerium hat jeben ein Notgesetz zur Bürgersteuer erlassen. Es wird darin bestimmt, daß als Landessteuer für die Bürgersteuer im Sinne des § 5 des zweiten Abschnitts der Verordnung des Reichspräsidenten zur Verhebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände die Mindestsätze gelten, wie sie im § 5 Absatz 2 des zweiten Abschnitts der genannten Verordnung festgelegt sind. Für das Strafverfahren gelten insoweit, als die Verwaltung der Bürgersteuer den Finanzämtern nicht obliegt, die Vorschriften über das Verfahren bei der Verurteilung der Vorenthaltung von Gemeindeabgaben.

Das Gesetz tritt mit Wirkung vom 28. Juli 1930 in Kraft. Ferner hat das Staatsministerium in einem Notgesetz den Finanzminister ermächtigt, für ein von der Badischen Lokal-eisenbahn AG. in Karlsruhe aufzunehmendes Darlehen im Höchstbetrage von 100 000 RM. nebst Zinsen die selbstschuldnerische Bürgschaft zu übernehmen.

Bau einer festen Rheinbrücke

an der Dreiländerecke

Schon Ende des letzten Jahrhunderts, als beide Rheinufer deutsch waren, wurde der Ersatz der Hünninger Schiffbrücke durch eine feste Rheinbrücke in Erwägung gezogen. In der letzten Hünninger Gemeinderatsitzung wurde in Anbetracht der baldigen Fertigstellung des Rembertkanals und des dadurch bedingten Rheinanstaus der Bau einer festen Rheinbrücke an der Dreiländerecke an Stelle der bestehenden Schiffbrücke als dringlich beantragt. Die Eröffnung des Rembertkanals wird nicht nur vermehrte Schiffsverkehre mit öfterer Abperung des Fuhrwerks und Fußgängerverkehrs von einem Ufer zum anderen bringen, sondern auch bedeutende Erleichterung im Manövrieren der Schiffe durch Aufhebung des Stromgefälles nach sich ziehen.

Aus den Parteien

Wahlaufruf des Zentrums. Der Landesparteivorstand der badischen Zentrumspartei hat für die Kommunalwahlen am 16. November einen Aufruf erlassen, worin an die Wahlpflicht erinnert wird, um dem Kapitalismus von rechts und links ein halt zu gebieten. Aber auch alle einseitig eingestellten Klassen- und Standesvertretungen seien abzulehnen. Das Zentrum tritt u. a. ein für die Erhaltung und den Ausbau der Selbstverwaltung der Gemeinden, Senkung der Realsteuern, für eine gesunde fürsorgende Wohnungspolitik, ein enges und gutes Zusammenwirken der öffentlichen Fürsorgeorgane mit der freiwilligen Liebestätigkeit, und schließlich für eine echt christliche Erziehung der heranwachsenden Jugend.

Bürgerliche Einheitslisten. Die Deutsche Volkspartei und die Deutsch Demokratische Partei in Ettlingen haben sich zu einer Einheitsliste der bürgerlichen Parteien zusammengeschlossen. — In Furtwangen haben sich Deutsche Staatspartei, Volkspartei und die Wirtschaftspartei auf eine gemeinsame Liste geeinigt.

Aus der badischen Industrie

Kurzarbeit im Brauereigewerbe. Die badischen Brauereien sind infolge des Rückganges des Bierabfahes zur Kurzarbeit übergegangen, deren Ausmaß sich nach dem jeweiligen Beschäftigungsgrad richtet.

Die Brown, Boveri und Cie. AG. in Mannheim stellt fest, daß die im Laufe des Jahres vorgenommenen Kürzungen im Vergleich zur Größe der Beamtenschaft verschwindend seien; weitere Kürzungen würden vorerst nicht beabsichtigt. Im Bestimmungsbereich präge sich natürlich auch hier die schwere Wirtschaftsdpression aus und wie bei anderen Unternehmungen trete die Notwendigkeit der Produktionslenkung verstärkt in den Vordergrund. Brown, Boveri und Cie. werde dieser Situation nicht durch Entlassungen Rechnung tragen, sondern zunächst durch Arbeitszeitüberziehung bei entsprechender Gehältskürzung.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	31. Oktober		30. Oktober	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.83	169.17	168.86	169.20
Kopenhagen 100 Kr.	112.14	112.36	112.17	112.39
Italien . . . 100 L.	21.95	21.99	21.955	21.995
London . . . 1 Pf.	20.368	20.408	20.37	20.41
New York 1 D.	4.1923	4.2005	4.1930	4.2010
Paris . . . 100 Fr.	16.448	16.488	16.448	16.488
Schwiz . . . 100 Fr.	81.36	81.52	81.38	81.54
Wien 100 Schilling	59.125	59.245	59.125	59.245
Brag. . . . 100 Kr.	12.434	12.454	12.433	12.445

Zellstofffabrik Waldhof AG. in Mannheim. Die Gesellschaft beschäftigt auf Anfrage, daß sie in allen Abteilungen voll beschäftigt sei und daß Arbeiterentlassungen nicht notwendig waren. Die Kunstseideindustrie, die gut beschäftigt sei, habe bisher das von der Zellstofffabrik benötigte Rohmaterial voll abgenommen. Von der Dividende für 1930 kann vorläufig noch in keiner Weise gesprochen werden, weil das Geschäftsjahr erst am 31. Dezember abläuft. Der Bau der neuen Fabrik in Rehholm (Finnland) nimmt seinen ungestörten Verlauf. Was die von der Kreuzer-Gruppe zu errichtende Zellstofffabrik, die Svenska Cellulose AB. betrifft, die eine Jahresproduktion von 100 000 Tonnen erhalten soll, so kommt sie nicht als direkte Konkurrenz für Waldhof in Betracht, weil es sich bei dieser schwedischen Gesellschaft um die Herstellung von Natronzellstoff handelt wird. — Eine am Mittwoch in Berlin abgehaltene Sitzung der deutschen Zellstofffabriken hatte Beschluß über die Verwirklichung des Abkommens mit den skandinavischen Zellstofffabriken wegen der vereinbarten Produktionsbeschränkung der deutschen Werke um 15 v. H. zu fassen. Darüber wurde folgende Mitteilung ausgegeben. Es wurde zugestimmt: das Abkommen tritt sofort in Kraft vorbehaltlich der noch ausstehenden kurzfristigen Ratifizierung. Vorgesehen ist ferner die Umwandlung des bisherigen Kartells in ein Syndikat, womit offenbar eine stärkere Bindung, als sie bisher im Kartell möglich war, erreicht werden soll.

Zum Übergang der Reichskraftsprit G. m. b. H. auf die Benzinkonzerne. Nachträglich wird noch bekannt, daß von den 1 Million Anteilen der Reichskraftsprit G. m. b. H. das Reich bisher nur 51 Proz. besaß, während 49 Proz. in den Händen der an der Spiritusherstellung interessierten Verbände (Verband deutscher Spiritusfabrikanten, Verein der Kornbrennereibesitzer und der Preßhefefabrikanten Deutschlands, Sulfitspiri-

Kaffee Hag morgens, Kaffee Hag spät abends Mokka Hag nach Tisch - Hag bekommt immer

tus G. m. b. H., Verein deutscher Melassealkoholfabrikanten (E. B. und Sektalkoholfabrikanten E. B.) lagen. Wenn jetzt das Reich 51 Proz. der Anteile abgegeben hat, so ist es also faktisch überhaupt nicht mehr beteiligt. Trotzdem soll angeblich der Präsident des Monopols den Vorsitz im Aufsichtsrat behalten.

Die Sparintagen im Reich. Die Sparintagen bei den Sparkassen des Deutschen Reichs haben nach Erhebungen des Statistischen Reichsamtes im September eine Erhöhung von 10.004 Mill. Reichsmark auf 10.148 Mill. Reichsmark erfahren. Den Einzahlungen von 538 Mill. Reichsmark, davon 0,7 Mill. Reichsmark Aufwertung und 1,8 Mill. Reichsmark Zinszuschlag, standen Auszahlungen von 484 Mill. Reichsmark gegenüber.

Die Schifffahrtstarife. Zur Aufhebung des Auslobungsverfahrens für den Kehler Hafenumschlag zum 31. Oktober teilt die Handelskammer für den Kreis Mannheim noch mit: Die Frachttarife für Transitgetreide von Weizen nach Basel bleiben in ihrer bisherigen Höhe (Ausnahmetarif 44) bestehen. Dagegen werden die Frachttarife nach den weiter östlich gelegenen Übergängen zwischen Deutschland und der Schweiz um je fünf Mark pro 100 Kilogramm ermäßigt.

Aus der Landeshauptstadt

Der Karlsruher Stadtrat gegen die „Mannheimer Arbeiterzeitung“

Die kommunistische „Mannheimer Arbeiterzeitung“ hat dieser Tage unter großer Aufmachung und mit der Überschrift: „Ein Niesensandal auf dem Karlsruher Rathaus. Schiedung zugunsten des Oberbürgermeisters?“ zwei Artikel gebracht, worin dem Oberbürgermeister Dr. Winter u. a. der schwere Vorwurf der Unredlichkeit bei Abschluß seines Dienstvertrages, der ungerechtfertigten Bereicherung usw. gemacht wurde.

Der Stadtrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung mit diesen Auslassungen der „Arbeiterzeitung“ beschäftigt und daran anschließend eine eingehende Darstellung der Sachlage der Öffentlichkeit übergeben. Darin werden die ganzen Behauptungen als Verleumdungen bezeichnet und als Urheber der Stadterordneten August Strickfaden genannt, der unter Mißbrauch seines Ehrenamtes als Mitglied des Rechnungsprüfungsausschusses den mehr als fragwürdigen Stoff für die beiden verheerenden Zeitungsartikel dem kommunistischen Stadterordneten Berthold Niebinger, der übrigens städtischer Beamter ist, geliefert habe. In der Erklärung wird dann mitgeteilt, daß Strickfaden von der Staatsaufsichtsbehörde im Sommer d. J. einen strengen Verweis erhalten hat, weil er beim privaten Einkauf in einem hiesigen Möbelgeschäft um seines höchst eigenen Vorteils willen unter Hinweis auf seine

Stadterordneteneneigenschaft Worte gebraucht hat, die den Inhaber des Möbelgeschäfts nötigten, Herrn Strickfaden zu erwidern, er befinde sich in einem Karlsruher Möbelgeschäft und nicht bei Hartzel in Berlin.

Der Stadtrat hat dem in seiner Ehre aufs tiefste verletzten Oberbürgermeister, abgesehen von einem Mitglied, einmütig sein uneingeschränktes Vertrauen in aller Form ausgesprochen. Gegen den Urheber der falschen Behauptungen soll Strafantrag gestellt werden.

Die feierliche Einweihung des Kriegerehrenmals auf dem Karlsruher Friedhof wird, wie schon mitgeteilt, Sonntag, den 2. November (Allerseelen), erfolgen. Das Denkmal, vom Karlsruher Bildhauer Bing ausgeführt, bildet eine wertvolle künstlerische Bereicherung und einen klaren Schmuck des Karlsruher Friedhofes.

Munichsches Konservatorium. Dem diesjährigen Klavierabend von Emma Darmstadt-Stern liegt ein reizvolles Programm zugrunde. Es umfaßt Tanzformen aus drei Jahrhunderten. Beginnend mit Vortäufeln und Zeitgenossen von Joh. S. Bach führt es über diesen Meister der Saitenform zu Schubert und Chopin und schließt mit Tänzen von Brahms und der Paraphrase über einen Walzer von Joh. Strauß.

Colosseumtheater. Wie uns die Direktion mitteilt, ist es ihr gelungen, die große abendfüllende amerikanische Schau Hollywood für ein Gastspiel vom 1. bis 15. November zu verpflichten. Die Hollywood-Schau, weit abweichend von den sogenannten Revuen, kommt mit der Original-Starbesetzung nach Karlsruhe. Der amerikanische Rhythmus in der Musik wird zum Ausdruck gebracht durch das Jazz-Orchester „The Hollywood Syncopators“. Amerikanischer Humor, raffig elegante Frauen und Girls, unerhört diszipliniert in ihren Tänzchen, elegante Film- und Bühnendarsteller, Lieblinge des Publikums. Ein Sprecher von großer Gabe, charmant und geistreich in jeder Situation Neuartigsten amerikanischen Geistes verkörpert ein Artist von Welt Ruf — Dan Keebes. Nur wer den großen Künstler richtig beurteilen. Sein unaufdringlicher Humor, seine Sonny-Vogel-Parodie ist allein stehend. Die Schau ist vollständig neu für Karlsruhe.

Wetterbericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe. Von Nordwesten rückt über England jetzt kühlere Luft heran. Gleichzeitig beginnt der Luftdruck langsam zu steigen. Es wird daher zeitweilig zu Aufbesserung kommen, im allgemeinen aber noch unbeständig bleiben. Voraussetzungen: Etwas kühler, zeitweise aufbessernd, aber noch unbeständig und strichweise Regen, frische westliche Winde.

Wasserstände. Waldshut 3,32 + 2, Basel 1,47 + 11, Schutterinsel 2,19 + 4, Rehl 3,37 + 18, Marau 5,26 + 10, Mannheim 4,33, unändert, Caub über 2 Meter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Bad. Bad Rappenaau, 30. Okt. Das vollständig renovierte Kurhotel an der Salinenstraße wurde heute in Anwesenheit der Spitzen der Behörden durch eine feierliche Feier der Bestimmung übergeben.

Bad. Freiburg, 31. Okt. Im Zusammenhang mit den kommunistischen Ruhestörungen gelegentlich einer nationalsozialistischen Versammlung und der sich anschließenden Schlägerei in Freiburg-Gaslach waren etwa acht Personen in Haft genommen worden. Der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Freiburg hat, wie wir von zuständiger Stelle erfahren, die Aufhebung sämtlicher Haftbefehle beantragt, und die Verhafteten sind entsprechend diesem Antrag auf freien Fuß gesetzt worden. Die Untersuchung wird durch diese Haftentlassung nicht berührt, sondern geht weiter.

Bad. Schönwald, 31. Okt. Am Freitag entfiel gegen Abend auf dem einsam auf dem Höhenweg zwischen Siedlewaldturm und Eichel in rund 900 Meter Höhe liegenden großen Hof des Tiefenbachbauern Feuer. Der Hof liegt von den nächsten größeren Siedlungen, Schönwald und Furtwangen, reichlich entfernt, so daß die Wehren zu spät kamen, um noch viel zu retten. Der Hof ist weit hin als ein schönes, eindrucksvolles altes Schwarzwaldbauernhaus bekannt.

Bad. Schlingweiler (Amt Staufen), 30. Okt. Bürgermeister Justus Gärle von hier machte seinem Leben freiwillig ein Ende. Der Grund zur Tat soll in einem langjährigen körperlichen Leiden zu suchen sein.

Staatsanzeiger

Die im Oktober 1930 abgehaltene Gerichtsvollzieherprüfung haben bestanden: Hans Deuerlein aus Marktheinersheim, August Egner-Walter aus Sulzbach, Emil Geisler aus Karlsruhe, Johann Kläber aus Berental, Wilhelm Lauchner aus Lörrach, Ernst Mayer aus Bollmatingen, Jakob Schmid aus Bensberg, Theodor Bollmer aus Grödingen und Adolf Baum aus Hanenebstein.

Karlsruhe, den 29. Oktober 1930.
Der Justizminister:
F. W. Schmidt.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zuruücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Gestorben:
Badmeister Ferdinand Haasmann beim Friedrichsbad in Baden-Baden.



Wohlfeile Woche

Sie haben Bedarf für den Winter!?
Dann benützen Sie diese Gelegenheit

Hermann Tietz Karlsruhe

COLOSSEUM

Heute abend 8 Uhr
Abschiedsvorstellung
des Varieté-Attraktions-Programms.

Ab Samstag, den 1. November, täglich 8 Uhr, Sonntags 3 $\frac{1}{2}$, u. 8 Uhr
Sensations-Gastspiel
der großen amerikanischen Schau
HOLLYWOOD
mit eigenem Jazz-Band von Weltruf.

28 Bilder. Lachen ohne Ende! 30 Mitwirkende.

§. 689

Lebensbedürfnisverein

Neu eingeführt:
1929er **Überweiler**
Weißwein

Abgabe nur an Mitglieder
Flaschenpfand 20 Rpf. **Ritterflasche ohne Glas 60 Rpf.**

Der Stadtrat hier hat die Abänderung und Neufeststellung von Baufluchten im Gebiet des ehemaligen Gottesauer Exerzierplatzes beantragt.

Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des städtischen Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt.

Einwendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind spätestens bis 15. November 1930 bei Ausschlußvermeiden geltend zu machen.

Karlsruhe, den 21. Oktober 1930.
Städtisches Bezirksamt II. D. 3.62

Badisches Landestheater
Samstag, den 1. Nov. 1930
* C 6

Die Nibelungen
Ein deutsches Trauerspiel
von Gebbel
Regie: Raumbach
Dritte Abteilung
Kriemhilds Rache

Mitwirkende:
Vertam, Frauendorfer,
Genter, Schreiner, Brand,
Dahlen, Gemmede, Graf,
Herz, Hierl, Höder, Just,
O. Kienischer, Kloeble,
Kubne, Meiner, Brüder,
Schulze, v. d. Trend, Kufner,
S. Kienischer, Schmitt.
Anfang 19 $\frac{1}{2}$. Ende geg. 22 $\frac{1}{2}$.
Preise A (0,70—5 RM)

Sie sehen

in die Zukunft ohne Sorgen
wenn Sie bei uns auf Teilzahlung kaufen!

1/6 zahlen Sie an den Rest in 8 Monatsraten
Beamte ohne Anzahlung. 1. Rate 1. Januar

In bekannter Auswahl: Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion, Bett-, Tisch-, Leibwäsche, Teppiche, Gardinen, Läuferstoffe, Linoleum, Schuhe usw. ...

Debege Deutsche Bekleidungs-ges. m. b. H.
Karlsruhe, Kronenstr. 40

Inserieren bringt Gewinn!

Druck G. Braun, Karlsruhe